

Ex-Häftling Manuel Matzke (37) kämpft für Gewerkschaftsrechte hinter Gittern

«Im Knast gilt Streik als Meuterei!»

Vor zehn Jahren gründeten Berliner Gefängnisinsassen eine kleine Gewerkschaft. Heute zählt die Gefangenengewerkschaft / Bundesweite Organisation (GGBO) Tausende Mitglieder in ganz Deutschland. Arbeitskampf hinter Gittern? Sprecher Manuel Matzke klärt auf.

LORENZ NAEGELI*

work: Herr Matzke, Sie sind Bundessprecher der GGBO, einer europaweit einzigartigen Institution. Warum braucht es diese?

Manuel Matzke: Menschen in Haft haben keine Lobby. Denn mit Gefangenenfürsorge gewinnt man keine Wahlen. Und so herrschen unhaltbare Zustände: Die Jungs und Mädels in Haft bekommen im

«Innerhalb einer Woche waren die Hälfte der Insassen Mitglieder.»

Schnitt 1,30 bis 2 Euro pro Stunde für ihre Arbeit. Arbeit im Gefängnis gilt ja als Behandlungsmassnahme, die primär der Resozialisierung dienen soll. Damit wird die niedrige Vergütung gerechtfertigt. Doch das ist totaler Quatsch! In Deutschland arbeiten über 80 Prozent aller Inhaftierten für externe Firmen. Und da reden wir nicht vom kleinen Unternehmen um die Ecke, sondern etwa vom Haushaltsgeräte-Giganten Miele oder von der Gartenprodukte-Marke Gardena.

Profiteure der Tiefstlöhne sind also vor allem private Firmen...

Ja. Doch wenn Arbeit wirklich der Resozialisierung dienen soll, dann muss das anders laufen. Resozialisierung funktioniert nur, wenn Arbeit wertgeschätzt wird. Zudem haben die meisten Inhaftierten hohe Schulden, aber keine Möglichkeit, diese während ihrer Haftzeit abzubauen. Das ist ein Fehler im System. Wer mit Schulden aus dem Knast geht, kommt wahrscheinlich wieder zurück.

Die Verschränkung von Industrie und Gefangenearbeit ist alt, die GGBO aber erst zehn Jahre jung. Wie kam es zur Gründung?

Es begann im Mai 2014 in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel bei Berlin. Dort sass Oliver Rast, ein Gefangener aus dem linksautonomen Spektrum. In der hauseigenen Buchbinderei verdiente er um die 1,30 Euro und musste vor allem Gesetzesbücher oder Justizbroschüren binden. Gegen diese Ausbeutung wollte er sich wehren und hat innerhalb und ausserhalb der Mauern sein Umfeld mobilisiert.

Wie geht das eigentlich, mobilisieren in Haft?

Wir draussen halten Brief- und Telefonkontakt zu Hunderten, die einsitzen. Und auch zahlreiche Juristinnen und Sozialarbeiter verweisen auf uns. Unsere wichtigsten Multiplikatoren sind aber die Inhaftierten selbst. Die Nachricht über die Gründung verbreitete sich rasch. So wurde aus der Gefangenengewerkschaft Tegel eine bundesweite Organisation.

Und wie kamen Sie dazu?

Ich war zu der Zeit in der JVA Zeithain in Sachsen inhaftiert und habe durch den «Lichtblick» von der GGBO erfahren. Diese Gefangenenzeitschrift wird in ganz Deutschland verteilt. Wir haben dann eine lokale Sektion gegründet, und innerhalb einer Woche waren die Hälfte der Zeithainer Insassen Mitglieder.

Sie haben also einen Nerv getroffen. Mit welchen Forderungen?

Erstens: Stop der Arbeitsausbeutung und Einbezug der Gefangenen in den gesetzlichen Mindestlohn. Zweitens: soziale Leistungssysteme auch für Gefangene. Und drittens: volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern. Wenn du heute im Gefängnis deine Ar-



Manuel Matzke: Vom Knacki zum politischen Kämpfer

Manuel Matzke arbeitet heute als Geschäftsführer für die Partei Die Linke im sächsischen Landkreis Meissen. Und als Sprecher der GGBO verkehrt er auch mal im Berliner Bundestag oder bei lokalen Justizsenatorinnen. Von 2014 bis 2021 sass er wegen Körperverletzung und Wirtschaftsbetrugs im Gefängnis. Dort verdiente er als Automechaniker 1,30 Euro pro Stunde. Heute zählt seine Gewerkschaft laut eigenen Angaben Mitglieder im fünfstelligen Bereich und ist in fast allen Anstalten Deutschlands präsent. (jok)

beit niederlegt, dann gilt das als Meuterei, was ein schwerer Straftatbestand ist. Das ist absolut fatal! Doch mir ist wichtig zu betonen, dass wir uns nicht auf diese Hauptforderungen beschränken. Wir sind bis heute eine ehrenamtliche Selbstorganisation und orientieren uns immer an den Bedürfnissen, die aus dem Vollzug heraus formuliert werden.

Wie kommt all das bei Behörden und Gefängnisdirektoren an?

Am Anfang zogen sie alle Register, um die Gewerkschaftsgründung zu unterbinden. Sie hielten Briefe an, behinderten die Verbreitung von Infomaterial oder drohten unseren Vertretern mit Konsequenzen. Aber die Dynamik war bereits zu stark. Später stellte ein Gericht fest, dass die Koalitionsfreiheit auch in Haft gilt, dass also auch Gefangene Gewerkschaften gründen dürfen. Das war ein Meilenstein ...

... mit praktischen Folgen?

Durchaus! Heute werden unsere Sektionsversammlungen zugelassen. In einigen Anstalten sind sogar Versammlungen mit externer Beteiligung möglich. Dort haben die Anstaltsleitungen begriffen, worum es geht: Gemeinsamer Austausch ist essentiell! Wenn mir in meiner Zeit bei der GGBO eines klar wurde, dann, dass Gewerkschaftspolitik Bildungspolitik ist. Und das ist auch für den Resozialisierungsprozess zentral. Inhaftierte erfahren mit uns praktische Solidarität. Das ist etwas, das sie bei ihrer Entlassung mitnehmen.

Auch auf dem institutionellen Parkett ist die GGBO heute etabliert. Deutlich wurde dies 2022 vor dem Bundesverfassungsgericht. Ein Inhaftier-

Knausriger Nationalrat **Kein Geld mehr für work & Co.**

Der Nationalrat will den Beitrag an die Mitgliedschafts- und Stiftungspreise kübeln. Betroffen wären 1000 Titel – auch jene der Unia.

JONAS KOMPOSCH

Eigentlich hätte alles ganz anders kommen sollen. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats hatte 2022 beantragt, die indirekte Presseförderung auszubauen. Konkret forderte die Kommission, die Förderung der Tages-

Die SVP sang das alte Loblied auf den «freien Markt».

gestellung von Regional- und Lokalzeitungen aufzustoßen – von heute jährlich 30 auf neu 45 Millionen

Franken. Zudem wollte die Kommission auch der Mitgliedschafts- und Stiftungspreise stärker unter die Arme greifen. Solche Titel, darunter auch die Unia-Zeitungen work, Area und L'Événement syndical, erhalten aktuell eine Zustellermässigung bei der Post in der Höhe von 20 Rappen pro Exemplar. Dieses Budget wollte die Kommission von 20 auf 30 Millionen heben. Doch in der grossen Kammer hatte das Anliegen einen schweren Stand.

KILLERTRIO SVP, FDP, GLP. Die Mehrheit der SVP sang das alte Loblied auf den «freien Markt» und lehnte jede Presseförderung ab. Und die FDP stellte ihre Unterstützung für die Regionalpresse unter eine Bedingung: Als «Kompensation» müsse der Stiftungs- und Mitgliedschaftspreise der Hahn zugedreht werden. Und zwar komplett. FDP-Mann An-



SPARFUCHS: FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt hält nicht viel von Verbandspresse.

FOTO: KEYSTONE

dri Silberschmidt begründete dies mit der angeblich «angespannten finanziellen Lage» beim Bund. Zudem sei die Mitgliedschaftspreise «für die Demokratie nicht so unabdingbar». Dies überzeugte zwar Mitte, Grüne und SP nicht, dafür die Grünliberalen. Mit ihnen war eine hauchdünne rechte Mehrheit gezimmert – und die Hilfe für die Verbandspreise dahin. In der Schlussabstimmung konnte immerhin die stärkere Förderung des Lokal- und Regionaljournalismus gerettet werden. Das Geschäft geht nun in den Ständerat. Falls dieser nicht korrigiert, beginnt für viele Mitgliederzeitungen ein Überlebenskampf.

HOFFENAUFS «STÖCKLI». Noch profitieren nämlich fast 1000 Publikationen von der verbilligten Zustellung. Die Liste ist so bunt wie die helvetische Vereinslandschaft: «Berner Hauseigentümer» oder «Schweizer Soldat». Aber auch «GSoA-Zitig» oder «Info Birdlife». Die grössten Finanzverluste drohen aber Grosspublikationen wie dem «Touring», dem Magazin für 1,6 Millionen TCS-Mitglieder. Auch die Unia-Zeitungen müssten Abstriche machen. work erhält pro Jahr rund 180000 Franken Zustellermässigung. Vielleicht kommen die Bürgerlichen noch zur Vernunft. Denn auch ihre Blätter geraten unter Druck. Bei der «Gewerbezeitung» ist man gar nicht erfreut. Und Simon Langenegger, Verlagsleiter des «Schweizer Bauer», sagt: «Wir hoffen, dass der Ständerat noch korrigierend Einfluss nimmt.»

*Lorenz Naegeli ist Journalist beim Zürcher Recherche-kollektiv WAV und Mitautor der neuen WOZ-Beilage (wobei) «Weggesperrt. Hinter Schweizer Gefängnismauern».